



Pet 4-19-07-408-026797

07751 Jena

Allgemeines

Gleichbehandlungsgesetz

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 05.11.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – zu überweisen.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz dahingehend zu präzisieren, dass Familien mit Kindern insbesondere im Hinblick auf die Erlangung von Wohnraum nicht diskriminiert werden dürfen.

Zur Begründung der Petition wird ausgeführt, dass zu den bevorzugten Mietern Kinderlose zählen würden, obwohl es hinreichende gesetzliche Regelungen zur Sicherheit der Vermieter für befürchtete Schäden der Mietsache durch Kinder gäbe. Familien mit Kindern würden anders als andere Minderheiten nicht besonders geschützt und daher gegenüber Kinderlosen benachteiligt. Darüber hinaus beziehe sich das in § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) genannte Diskriminierungsmerkmal „Alter“ lediglich auf „hohes“ Lebensalter und nicht auf sehr junge Menschen im Kindesalter.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 80 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 13 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter



anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Das AGG nennt in § 1 als Ziel des Gesetzes, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Damit erfasst das AGG alle in Artikel 19 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) genannten Diskriminierungsmerkmale. Diese Merkmale sind abschließend zu verstehen. Einen Schutz vor Diskriminierung wegen anderer Merkmale gewährt das AGG nicht. Mit dem AGG wurden vier europäische Gleichbehandlungsrichtlinien (Richtlinie 2000/43/EG, Richtlinie 2000/78/EG, Richtlinie 2002/73/EG und Richtlinie 2004/113/EG) in deutsches Recht umgesetzt. Im Einklang mit diesen Richtlinien zielt das AGG folglich auf den Schutz vor Benachteiligungen aufgrund der o. g. Merkmale (§ 1 AGG).

Entgegen der in der Petition geäußerten Auffassung meint der Begriff des Alters im AGG schon nach derzeitiger Rechtslage jedes Lebensalter, also weder ein besonders hohes bzw. niedriges, noch ein Alter nach Überschreiten einer bestimmten Schwelle. Auch die anderen Diskriminierungsgründe werden im AGG nicht näher präzisiert.

Der Petitionsausschuss weist aber auf eine Anfang Dezember 2019 veröffentlichte „Rechtsexpertise zum Bedarf einer Präzisierung und Erweiterung der im AGG genannten Merkmale“ (abrufbar auf der Internetseite der Antidiskriminierungsstelle) hin. Sie untersucht im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, inwieweit die Merkmale Sprache, Familienstand beziehungsweise familiärer Status, Staatsangehörigkeit sowie nachteilige sozioökonomische Status für eine Aufnahme in das AGG in Betracht kommen.

Nach der Rechtsexpertise kommt eine Erweiterung des AGG grundsätzlich in Betracht, da persönliche Verhältnisse wie zum Beispiel der Status als Verheiratete/Verheirateter oder Alleinerziehende/Alleinerziehender oder das Vorhandensein minderjähriger Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger vom Schutzbereich des AGG derzeit nicht erfasst seien. Zusätzlich zeigt auch der Dritte Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über Diskriminierungen in Deutschland, dass der familiäre Status insbesondere im Bereich des Wohnungsmarktes und der Beschäftigung besondere Diskriminierungsrisiken aufweisen.



Im Hinblick auf den familiären Status und die soziale Herkunft zeigen sich der Rechtsexpertise zufolge allerdings große Forschungslücken, welche potenziellen Diskriminierungsrisiken und manifesten Benachteiligungserfahrungen in den Anwendungsbereichen nach § 2 AGG tatsächlich für diese Merkmalsfelder bestehen. Die genannte Expertise betont, dass ein Mehr an Merkmalen nicht zwangsläufig zu einem effektiveren Diskriminierungsschutz führe. Es bedürfe weiterer Erkenntnisse, welche konkreten Barrieren für eine Klagebereitschaft bestehen und welche Faktoren einer effektiven Rechtsdurchsetzung im Wege stehen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss im Ergebnis seiner Prüfung, die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – zu überweisen, um sie auf das Anliegen besonders aufmerksam zu machen.

Der von den Fraktionen der AfD, der FDP, DIE LINKE. und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – als Material zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, ist mehrheitlich abgelehnt worden.